

## Nachgefragt

Joachim Rukwied  
Der Präsident des Landesbauernverbandes setzt darauf, dass Grün-Rot im Agrarbereich nicht kürzt

## „Sonst fehlen 90 Millionen Euro“

VON FRANK KRAUSE

Herr Rukwied, die neue Landesregierung will das Land gentechnikfrei machen. Ist das in Ihrem Sinn?

Die Nachricht hat uns nicht überrascht, zumal die Gentechnik für unsere Landwirte ohnehin kein Thema ist. Wir raten unseren Kollegen vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Erstens will der Verbraucher solche Produkte nicht, zweitens sind es haftungsrechtliche Gründe, weil in Deutschland derzeit keine gentechnisch veränderten Lebensmittel angebaut werden können. Insofern sehe ich die Ankündigung eher als Etikett. Damit will die neue Landesregierung unterstreichen, dass Baden-Württemberg eine gentechnikfreie Zone bleiben soll.



Joachim Rukwied vertritt rund 45 000 Landwirte im Südwesten

Schwarz-Gelb war ein Freund der Landwirte. Was erwarten Sie von Grün-Rot?

Entscheidend für die Akzeptanz der neuen Regierung wird sein, dass sie im Agrarhaushalt nicht kürzt. Zuletzt stand zur Diskussion, dass 50 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Wegen der Co-Finanzierung durch die EU, die dann auch wegfallen würde, würden uns 90 Millionen Euro fehlen. Diesen brutalen Einschnitt könnten wir nicht verkraften.

Zuletzt gab es Gerüchte, das Landwirtschafts- mit dem Umweltministerium zu fusionieren. Macht das Sinn?

Ich habe in einem Telefonat mit Herrn Kretschmann sehr deutlich darauf hingewiesen, dass nicht nur aus Sicht der Landwirte, sondern mit Blick auf die vielen Aufgaben im ländlichen Raum ein eigenständiges Landwirtschaftsministerium unabdingbar ist.

## GEW: Reform der Werkrealschule

STUTTGART (lsw). Die Lehrgewerkschaft GEW sieht die Reform der Werkrealschule als Hauptaufgabe für den künftigen Kultusminister der grün-roten Koalition. „Die Landesregierung kann jetzt dafür sorgen, dass an allen Hauptschulen das zehnte Schuljahr eingeführt wird, und so verhindern, dass die Werkrealschüler montags in die Hauptschule und am Dienstag an die Berufsfachschule fahren“, sagte GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz am Dienstag in Stuttgart. Am Montag hatte der künftige Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) betont, er halte die Werkrealschule „nicht für zukunftsfähig“.

## Krankenhäuser beklagen akuten Geldmangel

STUTTGART (lsw). Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) fordert die künftige grün-rote Landesregierung auf, sich für die notleidenden Kliniken einzusetzen. „Im vergangenen Jahr haben zwei von drei Krankenhäusern keine Gewinne eingefahren oder rote Zahlen geschrieben – die Situation ist sogar schlechter als 2009“, sagt der Chef der BWKG, Thomas Reumann.

Laut Reumann machen 40 Prozent (Vorjahr: 36) der Kliniken derzeit Verluste. Die Krankenhäuser hätten in der Vergangenheit zu den Stiefkindern der Landespolitik gehört: Während zwischen 1991 und 2008 die Steuereinnahmen und das Bruttoinlandsprodukt um je fast 50 Prozent stiegen, sank die Investitionsförderung für die Kliniken um drei Prozent. Sparspielräume gebe es nicht mehr. 2009 kosteten sie je Einwohner 733,80 Euro und damit weniger als in allen anderen Bundesländern. Der Bundesschnitt lag bei 821,50 Euro.

Reumann, dessen Verband 234 Krankenhäuser, 373 Pflege- und 107 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen zwischen Main und Bodensee vertritt, fordert nun ein Sonderbauprogramm von je 150 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren. In diesem Jahr fließen als reguläre Förderung 340 Millionen Euro aus dem Landshaushalt in die Kliniken samt 25 Millionen Euro aus der ausgelaufenen Pflegeheimförderung. „Die Kliniken müssen auch attraktiver werden, damit sie sich im Wettbewerb mit denen aus anderen Bundesländern behaupten können.“ Die Patienten würden immer wählerischer und wünschten zum Teil Hotelqualität.

## Gemeinsam singt man gegen die Misstöne an

Letzter Tag der Koalitionsverhandlungen: Hinter den Kulissen ist das Personalkarussell in Gang gekommen

Nur noch ein paar Details klären. Die passenden Formulierungen finden. Am offiziell letzten Tag ihrer Verhandlungen hat die künftige Landesregierung ganz auf Harmonie gesetzt. Ein Trugbild. Denn hinter den Kulissen wird noch immer gerungen – es geht um die Machtverteilung innerhalb der Koalition.

VON HILMAR PFISTER

STUTTGART. Am Ende haben sie es nicht mehr selbst in der Hand. So ziemlich alles wollten die Politiker von Grün und Rot bisher bestimmen: Wann welche Information fließt. Wer was wem sagt. Mal abgesehen davon, ob ihnen das immer gelungen ist – am Tag des Koalitionsvertrags müssen sich die Parteien auf höhere Mächte verlassen: aufs Wetter. Regnet es nun oder nicht?

Alles unsicher. Heute, am Mittwoch, soll der Koalitionsvertrag stehen. Fast schon feierlich wollen die Politiker dieses historische Ereignis begehen – mit einer Pressekonferenz draußen auf der Terrasse. Von hier oben hat man einen überwältigenden Blick auf die Stadt Stuttgart. Was wären das für Fernsehbilder! Die Sonne scheint, die Vögel zwitschern, Winfried Kretschmann (Grüne) und Nils Schmid (SPD) halten den Koalitionsvertrag in den Händen, und alle Beteiligten sind glücklich. Doch scheint die Sonne? „Wenn nicht, gehen wir halt in einen großen Raum drinnen“, sagt ein Pressesprecher.

Für die Koalitionäre wäre das nur die zweitbeste Lösung – und würde auch nicht so recht zu dem Bild passen, das sie am letzten Verhandlungstag, am Dienstag, zu vermitteln versuchten. Wie kommen die Verhandlungen voran? Hakt es? Immer lautet die Antwort: „Die Stimmung ist gut.“ Eine Standardantwort. Also sollte man vielleicht die Fragen variieren. Daniel Lede Abal, der neue grüne Landtagsabgeordnete, kommt aus dem Verhandlungszimmer. Herr Lede Abal, wie war das so, als Newcomer bei den Koalitionsverhandlungen dabei zu sein? Er stellt seinen Koffer ab. „Ich bin erleichtert, dass wir von Anfang an so viele Übereinstimmungen mit der SPD hatten.“ Themen wie Stuttgart 21 und die Finanzierung des Straßenbaus erwähnt Lede Abal nicht. Die würden nicht ins harmonische Bild passen. Grünen-Landeschef Chris Kühn eilt die Treppen zum Verhandlungszimmer hoch. Auf der Brust prangt ein gelber „Atomkraft nein danke“-Anstecker. Herr Kühn, was sagen Sie am letzten Tag der Verhandlungen? „Ich bin erleichtert“, ruft er und verschwindet.

Letzter Tag der Verhandlungen? Kretschmann, der künftige Ministerpräsident, lacht bei dieser Formulierung. „Das wird sich noch zeigen“, sagt er, mit schweren Ordnern gepackt. Während des Wahlkampfs hatte Kretschmann unermüdlich das „Auf dem

## Info

## Bisher zehn Ministerien

- Wer bekommt was in der neuen Landesregierung? Bisher bestand die Regierung aus dem Ministerpräsidenten, zehn Ministern, acht Staatssekretären und einer Staatsrätin. Folgende zehn Ministerien gibt es:
- Staatsministerium
- Innenministerium
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
- Justizministerium
- Finanzministerium
- Wirtschaftsministerium
- Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren
- Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (hip)

Teppich bleiben – Mantra gepredigt. Davon lässt er bis zuletzt nicht ab.

Die Türen zum Egon-Eiermann-Saal schließen sich. Bevor die Grünen und Roten, 16 an der Zahl, zu diskutieren beginnen, gibt es ein Stück gesungene Harmonie. Leni Breymaier, die SPD-Vizechefin im Südwesten, hat Geburtstag und bekommt ein Ständchen dargebracht. „Viel Glück und viel Segen auf all deinen Wegen“, klingt es aus dem Verhandlungsraum.

Misstöne sind an diesem Dienstag auf anderer Ebene zu hören. Es geht um die Frage der Ministerien und ihrer Zuschnitte. Nach Informationen unserer Zeitung beansprucht die SPD fünf von neun Ministerien für sich – das Finanz-, das Innen-, das Kultus-, das Sozial- und das Justizministerium –, um damit „den Ministerpräsidenten zu kompensieren“, wie es ein Grünen-Mitglied ausdrückt. Soll heißen, nach SPD-Logik: Die Grünen stellen mit Kretschmann den Ministerpräsidenten, im Ausgleich dafür erhalten die Sozialdemokraten mehr Ministerien als die Grünen. „Dabei haben wir doch die Wahl gewonnen und nicht die“, ätzt eine hochrangige Grüne.

Als gesetzt für die Öko-Partei gilt das Umweltministerium. Aussichtsreicher Kandidat ist Franz Untersteller, der energiepolitische Sprecher der Fraktion. Theresia Bauer, die bisherige Grünen-Fraktionsvize, könnte das Ministerium für Wissenschaft und Kunst übernehmen. Wenn es nach der SPD geht, soll das Ressort Verkehr aus dem Umweltschutzministerium genommen werden. „Völlig unsinnig“, sagt ein Beteiligter. Die Bereiche Umwelt und Verkehr, wie zuletzt von CDU und FDP vorgemacht, müssten thematisch zusammenbleiben. Am Ende werden sich die Koalitionäre einigen müssen. Das haben sie selbst in der Hand.

## Mehrkosten machen SPD und Grünen zu schaffen

Stuttgart 21: Bahn pocht auf „Fortsetzung“ des Projekts

VON UNSEREM REPORTER

MICHAEL ISENBERG

STUTTGART. Die Deutsche Bahn AG will das Projekt Stuttgart 21 „unverändert fortsetzen“ und sieht sich dabei „im Einklang mit der Rechtslage“. Mit dieser Positionierung hat sich der Konzern am Dienstag erstmals offiziell nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg zu Wort gemeldet.

Die Ankündigung der künftigen grün-roten Landesregierung, bis zum Oktober eine Volksabstimmung über die Mitfinanzierung des Landes abhalten zu wollen, sei „in dem unverändert rechtsgültigen Finanzierungsvertrag nicht vorgesehen“, kritisiert der Konzern. Der designierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und SPD-Landeschef Nils Schmid hatten sich vergangene Woche darauf verständigt, dass es erst den sogenannten Stresstest zu Stuttgart 21 geben wird und im Anschluss bis spätestens Oktober eine Volksabstimmung. Dieser Fahrplan, der den wochenlangen Streit zwischen Grünen (Projektgegner) und SPD (Projektbefürworter) beendet hat, soll in der Koalitionsvereinbarung am heutigen Mittwoch verbindlich fixiert werden.

Die Bahn sieht ihr Projekt durch die angekündigte Volksabstimmung über ein „Ausstiegsgesetz“ (Schmid) des Landes bedroht. Daher gehe man davon aus, dass „die künftige Landesregierung unmittelbar im Anschluss an ihre Konstituierung den Lenkungskreis einberufen wird, um mit allen Vertragspartnern Beratungen über das weitere Vorgehen aufzunehmen“, teilt der

Konzern in seiner aktuellen schriftlichen Stellungnahme mit. Kretschmann wird voraussichtlich am 12. Mai im Landtag gewählt.

Der sogenannte Lenkungskreis, der im Rahmen der Finanzierungs- und Realisierungsverträge im April 2009 vereinbart wurde, ist das höchste politische und unternehmerische Gremium zur Steuerung des Milliardenprojekts. Es trifft sich bei allen strittigen Fragen zum Bau, zu Mehrkosten und zur Inanspruchnahme der Risikobudgets. Das Land und seine Partner entsenden fünf Vertreter, unter anderen den Regierungschef und den Stuttgarter OB. Die Bahn entsendet ebenfalls fünf Vertreter, angeführt von Konzernchef Rüdiger Grube.

Der Lenkungskreis darf laut Satzung nur einvernehmliche Voten abgeben. Dieser Umstand dürfte Grünen und SPD schwer zu schaffen machen – immerhin wird Grube bei der ersten Sitzung erhebliche Mehrkosten durch den von den Koalitionären geforderten Bau- und Vergabestopp bis zur Volksabstimmung geltend machen. Die Rede ist von mehr als 200 Millionen Euro; eine Summe, die die Bahn bisher nicht bestätigt. Ein „Hinzurechnen dieser Kosten“ auf die vereinbarten maximalen Kosten von 4,526 Milliarden Euro sei aber „nicht zu akzeptieren“, warnt jetzt die Bahn. Noch gibt es widersprüchliche Meldungen dazu, wie vor allem die Grünen, die S 21 über die Kosten kippen wollen, mit diesem Thema umgehen. „Das muss mit der Bahn besprochen werden“, hat Kretschmann vage angekündigt.

## Es grünt so grün am Hemdkragen

Wird die grüne Krawatte jetzt stilbildend? Wohl eher nicht

VON MARKUS BRINKMANN

STUTTGART. Sie ist entweder grün mit dünnen schwarzen Streifen, oder sie hat weiße Punkte. Aber die Grundfarbe der Krawatte des designierten Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ist meistens grün – ob die vergangenen Jahre im Landtag, im Wahlkampf oder bei den täglichen Koalitionsverhandlungen.

Auch SPD-Landeschef Nils Schmid trägt während der Verhandlungen manchmal grün. Als es um Stuttgart 21 geht zum Beispiel. Die Wirkung ist klar: Zwar sind die beiden Parteien sich in der Sache uneinig, doch entzweien lassen wollen sie sich dadurch nicht. Könnte sich die grüne Krawatte zum Markenzeichen entwickeln? Immerhin sagt Martina Haberbosch vom Warenhaus Breuninger: „Bei den klassischen breiten Krawatten sind Marine, Rot, Violett und frisches Grün beliebt.“ Bei den schmalen hingegen würden weiterhin unifarbene Modelle und farblich gedeckte Töne mit dezenten Designs dominieren.

„Nur die Grünen haben mit der gleichfarbigen Krawatte wie keine andere Partei die Möglichkeit, ihre Philosophie nach außen zu tragen“, sagt Ulrike Mayer, Expertin für Kleidungskompetenz. Grün sei die Farbe der Natur und symbolisiere Wachstum, Hoffnung und Harmonie. Laut dem Internetführer www.krawattenfuhrer.info sind Männer, die einen grünen Schlips tragen, eher naturverbunden und konventionell. Die Attribute, die man Menschen nachsagt, die Grün bevorzugen, sind Mitgefühl und soziale Kompetenz.

Mayer kann sich vorstellen, dass die Grünen damit sogar ein Markenzeichen setzen könnten. „Wenn jemand diesen Status setzen kann, dann diese Partei“, sagt sie. Eines ist für sie dennoch klar: „Die maigrüne Krawatte wird sicher nicht zum Trend.“ Für eine professionelle Außenwirkung sei sie grundsätzlich nicht geeignet. „Die klassischen Farben sind Rot und Blau“, erklärt Mayer. Klasse und Understatement könne man nicht mit Grün, Orange oder Gelb zeigen. Nach der Farbenlehre steht Blau-Rot für Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Rot

steht für Macht. Schwarze Krawatten dagegen werden meistens auf Beerdigungen getragen.

Schau man zurück, sind die Grünen schon immer aufgefallen. Als Joschka Fischer 1985 als erster grüner Minister vereidigt wurde, trug er knallweiße Turnschuhe. Dazu ein graues, altmodisch gemustertes Hemd, darüber ein ausgebeultes Tweed-Sakko. Was in dieser Zeit in der Politik für viel Aufbruch sorgte, nannten Kommunikationsforscher eine geschickte Symbolwahl. Immerhin haben die meisten Menschen das Bild von Fischer in Turnschuhen noch immer vor Augen. CSU-Politiker verlangten eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags, damit „diese Typen“ – gemeint waren die Politiker der Grünen – wenigstens „nicht ohne Krawatte im Parlament rumsitzen“. Bundeskanzler Helmut Kohl nannte das Auftreten eine Unverfrorenheit.

„Durch Kleidung verschafft man sich Wertschätzung, Achtung und Respekt“

Ulrike Mayer  
Stilberaterin

Heute ist das natürlich anders. Kretschmann tritt nur selten ohne Schlips auf. Ob seine grüne Krawatte jedoch ähnliche Symbolwirkung haben wird wie seinerzeit Joschka Fischers Turnschuhe, bezweifelt Ulrike Mayer. „Kleidungsstil kann mit einer Sprache verglichen werden“, erklärt die Expertin, „ein gewisser Grundwortschatz der Kleidung sollte in wichtigen Ämtern angemessen sein und bedacht werden.“ Um auf Augenhöhe mit den wichtigen Größen aus Wirtschaft und Politik zu sein, müsse man sich anpassen und die entsprechenden Gesetzmäßigkeiten kennen. „Durch Kleidung verschafft man sich Wertschätzung, Achtung und Respekt“, sagt sie.

Deshalb rät sie der neuen Regierung von einem bequemen Stil ab. „Politik und Wirtschaft sind eine sehr formelle Ebene“, sagt sie, „warum sollen wir solche Standards aufbrechen?“ Viel mehr dürfe Kretschmann es mit der parteifarbenen Krawatte nicht übertreiben. „Ich rate den Grünen ab, die Krawatte zum Markenzeichen zu machen.“ Dagegen müsse der neue Ministerpräsident in der Lage sein, sich auch mit den Themen Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu präsentieren. Deshalb sagt sie: „In seiner Situation muss er durch die entsprechende Wahl von Farbe, Form und Muster professionelle Signale setzen.“

Kretschmann ist im Übrigen nicht der einzige Grüne mit dem Hang zur Parteifarbe. Auch etliche seiner Parteifreunde greifen gerne zum grünen Schlips. Aber nicht nur die, auch der frühere Landwirtschaftsminister und jetzige Fraktionschef Peter Hauk versucht mit den Attributen Mitgefühl und soziale Kompetenz zu punkten. Nur ist er bei der CDU.